

Aus dem Parlament

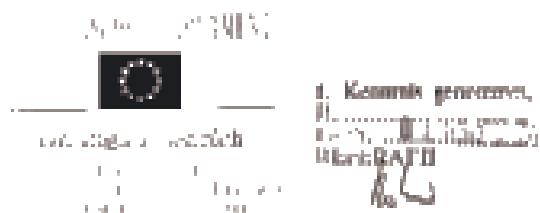
Aufenthaltsrecht der Unionbürgler und ihrer Familienangehörigen geregelt:

Der Europäische Parlament hat auf seiner Plenarsitzung in dieser Woche den Gemeinsamen Standpunkt des Rates bezüglich der Richtlinie über das Aufenthaltsrecht der Unionbürgler und ihrer Familienangehörigen in zweiter Lesung ohne Änderungen gebilligt. Die Richtlinie wurde damit endgültig verabschiedet. Durch beständige EU-Bürger künftig auch für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten keine Aufenthaltsgenehmigung mehr, sondern müssen lediglich der Meldepflicht im jeweiligen Mitgliedstaat nachkommen. Ihre Familienangehörigen – dies gilt z.B. auch die Lebenspartner, mit dem der Unionbürger eine eingetragene Partnerschaft unterhält – erhalten ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht, müssen aber, wenn sie keine Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates besitzen, weiterhin eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen.

Der Gemeinsame Standpunkt des Rates ist Rückblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht der Unionbürgler und ihrer Familienangehörigen, sich im Inlandsegebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, datiert vom 03. Dezember des vergangenen Jahres und wurde im Amtsblatt der EU C 54 E vom 02.03.2004 veröffentlicht (<http://www.europarl.eu.int/legislate/laws.html>). Bereits im Herbst hatte sich der Rat nach intensiven Beratungen über die grundlegende Ausgestaltung des Aufenthaltsrechts der EU-Bürger und ihrer Angehörigen geeinigt (vgl. *Brüssel Aktion 12/2003*). Um die Technikrein und die Anwendung der Richtlinie nicht zu verzögern, hat das Europäische Parlament von der Durchsetzung einiger Änderungsanträge aus der ersten Lesung abgesehen (u.a. die Anerkennung der eingetragenen Partnerschaften entsprechend den Vorschriften des Herkunfts- statt des Aufnahmemitgliedstaats sowie eine Vier- anstatt Fünfjahresfrist zur Erlangung eines unbefristeten Aufenthaltsrechts) und das Gemeinsame Standpunkt in dieser Woche in zweiter Lesung ohne Änderungen akzeptiert und damit verabschiedet.

Die Richtlinie sieht vor, dass der Unionbürger und ihre Familienmitglieder der Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat bis zu drei Monaten an keinerlei Bedingungen geknüpft ist. Dieser Unionbürger darf muss künftig aber auch für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten keine Aufenthaltsgenehmigung beantragen, sondern lediglich im Besitz eines gültigen Personalausweises oder Passes des Herkunftslandes sein. Allerdings muss er wie bisher nachweisen, dass er entweder Arbeitsschärfer oder Selbständiger und krankenversichert ist oder dass er über ausreichende Existenzmittel verfügt und keine Sozialleistungen in Anspruch nimmt oder nehmen muss bzw. dass er eine Ausbildung absolviert. Nach einer Aufenthaltsdauer von fünf Jahren erhalten Unionbürger und ihre Familienangehörigen ein ständiges und unbefristetes Aufenthaltsrecht, das nur dann wiederum werden kann, wenn die Person eine „eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit“ darstellt. Das Aufenthaltsrecht bleibt ihr Familienangehörige nach Tod, Rückkehr oder Scheidung des Rechtshabens bestehen, kann allerdings an Bedingungen wie die Dauer der Ehe geknüpft werden.

Als Familienangehöriger gilt nach den neuen Regelungen natürlicherweise ein Lebenspartner, mit dem auf Grundlage der Vorschriften eines Mitgliedstaates eine eingetragene Partnerschaft eingegangen werden ist, sofern in dem Aufnahmemitgliedstaat die eingetragene Partnerschaft der Ehe gleichgestellt ist. In einigen Mitgliedstaaten sind deshalb auch gleichgeschlechtliche Paare von der Richtlinie erfasst. Den anderen Mitgliedstaaten wird nach dem Weitbau der Richtlinie vorgegeben auferlegt, die Einreise und den Aufenthalt des Lebenspartners zu „erlaubtieren“. Es ist damit zu rechnen, dass die nun verabschiedete Richtlinie ab bald im Ausland der EU veröffentlicht wird (Hinweis in Brüssel Aktion 12/2003). Die Mitgliedstaaten haben nach Inkrafttreten der Richtlinie zwei Jahre Zeit, die Bestimmungen in nationales Recht umzusetzen. (G)



Stadt Linz
Herrn Stadtrat Becker

Dr. Michael Linz

- a. Kommiss generiert,
 - b. Kommiss entscheidet,
 - c. Kommiss verfügt
- MarktBAfD**

Besuch, 26. Februar 2004

EU-Richtlinien zur sozialen und Erwerbstätigkeit

Sehr geehrter Herr Stadtrat Becker,

verbalisierten Ihnen für Ihr Schreiben vom 6. Februar 2004 zum Thema Erwerbstätigkeit und deren zeitliche Auswirkungen auf die Sozialhilfe

Ich habe mich mit der Bemerkung betastet und stimme Ihrer Bewertung zu. Die Verlangsamkeit der Laindshuter politik kann zu den im EU-Vertrag garantierten Grundfreiheiten Sie darf allerdings nicht so weit gehen, dass die Rechtsvorschriften der jeweiligen nationalen Träger über Geltung bestreift werden.

Hintergrund für die im Baukunst der Richtlinie vorgesehene Ausweitung des ausprahbaren Bewegungsreis auf Sozialhilfe ist die Befürchtung, dass die Auswirkungen einzelner Bewegungsreisen von diesem Anspruch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Gleichbehandlungsgrundsatz widersprechen könnte. Deshalb wurde Artikel 21 der berüfsfreien Richtlinie erlassen, so formuliert, dass auch mehr Einwohner ohne Daueraufenthaltsrecht ab einer Aufenthaltszeit von 6 Monaten sozialhilfsberechtigt sein sollen. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu den Konkurrenzabschirmungen des öffentlichen Haushalts auf kommunalem Ebene.

Aus diesem Grund stimme ich mit der Forderung des Deutschen Bundesrats (Brüssel) (Bundesrat 115/03 vom 26.01.2003) darin, wonach die Entscheidung über die statutäre Umsetzung der Grundsätze der Richtlinie tatsächlich die Ausübung der Freiigkeit und der Arbeitsmigrazione bei den Mitgliedsstaaten zu belassen muss.

Mein bester Dank für Ihre Geduld!

Ugo Betti
Dr. phil. iurid. Mälz-P
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Ugo Betti
Dr. phil. iurid. Mälz-P
Vizepräsident des Europäischen Parlaments
Europäisches Parlament, Brüssel, 26.02.2004

EUROPAISCHES PARLAMENT

Europäisches Parlament
ASP 116218, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel



tel: +32-2-2845412/7412
fax: +32-2-2845412
e-mail: lgroener@europarl.eu.int

Lissy GRÖNER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Finanz-, Organisations- und Personalaufsicht

Stadt Fürth

Herr Becker

D-90744 Fürth

i. Kommiss gesammelt
II. _____
Parl. 12. II. 2004
REPERAT II
[Handwritten signature]

Bрю塞尔, 24 März 2004

EU-Richtlinie zur erweiterten Freiheitigkeit

Sehr geehrter Herr Becker,

vielen Dank für Ihren Brief vom 6. Februar, in dem Sie mich auf vermeintliche Mängel der geplanten EU-Richtlinie zur Freiheitigkeit aufmerksam machen und mich um eine Stellungnahme und Unterstützung in dieser Angelegenheit gebeten haben.

Millerowitsch ist das Votum an der zweiten Lesung vom Plenum ohne Änderungen gefällig worden. Die Richtlinie kann zum 1. Juli 2005 in Kraft treten.

Ich versetze Ihre Sorgen und Bedürfnisse vor dem Einheitsrat unter so genannten "Sozialleistungssouveränität".

Die deutsche Gruppe der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas weiß von dem, von Ihnen geschilderten Problem, und hat die Änderungsvorschläge eingehend geprüft. Dennoch hat sich die deutsche Delegation entschieden, den Beschluss der Bundesregierung zu stützen und nicht gegen die Richtlinie zu stimmen. Obwohl nicht alle Abgeordneten ganzlos mit dem gemeinsamen Standpunkt einverstanden sind, ist die Richtlinie, meiner Meinung nach, ein Schritt auch wenn zur Verwirklichung der gemeinsamen Europäischen Idee. Die Befreiung, dass eben eine klare Regelung des Risiko eines EU-rechtlich nicht erwünschten ausländischen "Sozialleistungssouveränitas" bestünde, sind Spekulationen, die so nicht eintreten müssen, denn die Richtlinie sieht folgende Einschränkung vor, dass jeder Unionsbürgers ein Aufenthaltsnachweis von mehr als drei Monaten in einem anderen Mitgliedsstaat hat, wenn sie oder die Familienangehörigen über ausreichende Einkommensmittel verfügen, so dass sie während ihres Aufenthaltes keine Sozialleistungen des Aufnahmestaates in Anspruch nehmen müssen.

Mit der Überzeugung, dass mit der Umsetzung dieser Richtlinie ein Stück mehr an europäischer Integration erreicht wird, verbleibe ich,

mit freundlichen Grüßen

Lissy Gröner, MdEP

Europäisches Parlament
Vertretung B-1047 Brüssel/Belgien
tel: +32-2-2845412/7412, fax: +32-2-2845412
e-mail: lgyoener@europarl.eu.int

IT-HQd Stralburg, LLW 10011
BP 10011, 70770 Saarbrücken/Germany
tel: +49-689-177412/7413, fax: +49-689-177412